

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal: am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeier, Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger Zeitung.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geh. Kanzleirath a. D. Loos zu Berlin und dem Bürgermeister Sandner zu Cöpenick den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Kreisgerichts-Rath Pauli zu Neumarkt in Schl., dem Pfarrer Sieben zu Stommeln und dem Steuer-Einnehmer Müller zu Schmiedeberg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Wundarzt Marmó zu Elberfeld den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse; dem Bauer und Schulzen Wehler zu Schreitfalten und dem Gemeinbesorger Sannig zu Niermertsheide das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie den Sergeanten Schulz im 2. Rhein. Inf.-Reg. Nr. 28 die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Dr. Gabriel in Berlin den Character als Sanitäts-Rath zu verleihen; den bisherigen Bürgermeister Lendel zu Straßburg u. M. zum rechtsgelehrten Bürgermeister der Stadt Wolgast zu ernennen; und den besoldeten Beigeordneten Kennen, der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Köln getroffenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine fernere zweijährige Amtsdauer zu bestätigen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 1 Uhr Nachm.

Wien, 20. Jan. Wie die „N. fr. Pr.“-meldet, hat eine Unterredung zwischen dem Kaiser und dem vorgestern hier eingetroffenen Prinzen Alexander von Hessen, Schwager des Kaisers von Rußland, stattgefunden. Gegenüber dem Grafen Benck soll sich der Prinz sehr beruhigend über die durchaus friedliche Politik Rußlands ausgesprochen haben.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 19. Jan. „Public“ meldet: Die Mitglieder der Konferenz werden vielleicht noch im Laufe des heutigen Tages zusammentreten, um die letzten Unterschriften zu vollziehen. Demil Pascha wird das Protokoll, nicht aber die Collectivklärung der Mächte unterzeichnen. Die Konferenz wird sich für permanent betrachten, so lange die Antworten Griechenlands und der Türkei nicht eingetroffen sind. „Patrie“ zufolge hat Abgange an seine Regierung ein zur Nachgiebigkeit rathendes Schreiben gerichtet.

Wien, 19. Jan. Wiener Blätter veröffentlichen folgendes Telegramm aus Konstantinopel vom heutigen Tage: Die von der Pforte für die griechischen Angelegenheiten eingesetzte Commission hat den hier anfassigen griechischen Unterthanen die Verpflichtung notificirt, sich mit den Ausweisen über ihre Nationalität behufs Entgegennahme der Erlaubniß zu fernern Aufenthalt oder ihrer Pässe vorzustellen. (W. T.)

Dresden, 19. Jan. Die „Constitutionelle Zeitung“ theilt mit, daß der König, in Folge des eingereichten Begnadigungsgesuchs, sechszehn wegen des Octobertumults Verurtheilten vollständigen Straferlaß, und sechszehn anderen Niedererschlagung der Unterdrückung gewährt hat. (N. T.)

Kopenhagen, 19. Jan. Das Folkething nahm heute ohne Debatte in dritter Lesung den Gesetzentwurf an, betreffend die Nadelgelber und Wittwenpension für die Prinzessin Lovisa von Schweden, sowie die Gelder für Einrichtung der kronprinzlichen Schloßherren. Der Gesetzentwurf geht jetzt an den Landtag. (W. T.)

Florenz, 19. Jan. Die Zeitungen melden, daß die Ankunft eines nordamerikanischen Geschwaders im Mittelmeer in kurzem erwartet wird. (W. T.)

Bremen, 19. Jan. Die Bremer Bank hat den Discont von 3/4 auf 4% erhöht. (W. T.)

London, 19. Jan. Die hiesige Firma Morgan Nelson u. Comp. suspendirte heute ihre Zahlungen. Die Passiva belaufen sich auf 500,000 Pfd. Sterl. (W. T.)

Aus der Unterrichts-Commission

Uns liegt der vom 15. Jan. datirte Bericht vor, den der Referent Dr. Pauer im Namen der verstärkten Unterrichts-Commission über die Mähler'sche Gesetzesvorlage No. 1 verfaßt hat. Diese Vorlage verlangt bekanntlich die Aufhebung derjenigen Verfassungsbestimmung, durch welche die Unentgeltlichkeit des Unterrichtes in der öffentlichen Volksschule angeordnet wird. Die Verathung hat nur zwei Sitzungen in Anspruch genommen. In beiden erschienen der Cultusminister und neben ihm, als specieller Regierungs-Commissarius, der Assessor Scholz. Daß Herr Stiehl, der doch als der natürliche Vertreter der ministeriellen Anschauungen von dem Volksschulwesen zu betrachten ist, jene Stelle gerade dieses Mal nicht einnahm, ist gleichwohl auch natürlich. Er hatte ja, woran auch der Referent gelegentlich erinnerte, im Jahre 1849 in der damaligen zweiten Kammer mit größter Emphase erklärt, daß die Unentgeltlichkeit des Unterrichtes in der Volksschule nichts mehr und nichts weniger sei, als — „eine sittliche, politische und sociale Nothwendigkeit“; und heute hätte er eben so feierlich genau das Gegentheil erklären sollen? Solche Inconsequenzen begeht man in einer andern Form. — Die Verhandlungen selbst können wir erst später einer eingehenden Betrachtung unterwerfen. Doch müssen wir eines Zwischenfalls erwähnen, dessen Besonderheit erst durch den Pauer'schen Bericht in das rechte Licht tritt. Nachdem nämlich die ministerielle Vorlage in der Commission mit 13 gegen 5 Stimmen abgelehnt war, fragte der Vorsitzende (Dr. Tschow) den Unterrichtsminister, ob er bereit sei, dem vorher schon ausgesprochenen Verlangen des Referenten gemäß, die früheren, unter den Ministern Hardenberg, Labenberg und Bethmann-Hollweg ausgearbeiteten Entwürfe eines Unterrichtsgesetzes der Commission zu ihrer Information für ihre ferneren Verathungen vorzulegen. Hr. v. Mähler jedoch antwortete mit „Nein“, weil dieselben kein neues Material für die Beurtheilung seiner Gesetz-Entwürfe enthalte, überdies auch durch Hinzutreten der neuen Provinzen die Sachlage sich wesentlich geändert habe.“ Selbstverständlich beruhigte der Referent sich nicht bei dieser so eigentümlich motivirten Abweisung. Vielmehr beantragte er, nunmehr das

Abgeordnetenhaus selbst aufzufordern, daß es die Ueberweisung jener früheren Gesetzentwürfe an die Unterrichtscommission verlangen möge. Dieser Antrag wurde mit 11 gegen 7, die Motivirung desselben mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen. Diese Motivirung besagte nämlich, daß jene Ueberweisung dienen solle, erstens zur Information für die Prüfung der übrigen Mähler'schen Vorlagen, und zweitens zur Erwägung der Frage, ob der Erlaß eines vollständigen Unterrichtsgesetzes in der That so unmöglich erscheine, wie die Staatsregierung immer noch annimmt, und ob es nicht an der Zeit sei, daß das Abgeordnetenhaus endlich selbst die Initiative eines solchen Gesetzes ergreife.

Bekanntlich hat die Commission diesen Beschluß später zurückgenommen, weil derselbe durch das Nachgeben des Herrn Ministers gegenstandslos geworden sei. Nun, mit dieser Nachgiebigkeit an sich selbst kann man schon zufrieden sein. Aber die Form, in der sie sich geäußert hat, ist eine überaus eigentümliche. Es wird unsern Lesern ohne Zweifel Vergnügen machen, wenn wir ihnen die betreffende Erklärung des Ministers in derselben Wortfassung mittheilen, in welcher sie sein Commissarius zu Protokoll gegeben hat. Danach lautet sie:

„Der Hr. Staatsminister v. Mähler habe die beantragte Vorlegung der früheren Entwürfe eines vollständigen Unterrichtsgesetzes hauptsächlich deshalb abgelehnt, weil die Einsicht in dieses umfangreiche Material weder notwendig noch auch nur zweckmäßig zu erspriesslicher Verhandlung der beim Landtag eingebrachten und der Commission zur Vorberathung überwiesenen Gesetzentwürfe sei, und weil vielmehr besorgt werden müsse, daß dann die Verhandlungen um so eher und weiter von allen erreichbaren Zielen sich entfernen, völlig unfruchtbar verlaufen und den von der Regierung wie von dem Landtage selbst als besonders dringend erkannten Bedürfnissen auch in diesem Jahr wiederum keine Abhilfe näher bringen würden. An dieser Auffassung habe der Herr Minister auch bei wiederholter Erwägung nur festhalten können; andererseits habe er sich aber auch nicht verhehlt, daß die weiteren Verhandlungen über den einmal gestellten Editions-Antrag der Commission und dessen Ablehnung — nach den in neuerer Zeit regelmäßig zu machenden Wahrnehmungen — gewiß wieder vielfach im Lande und in der Presse, irrtümlich und absichtlich ausgebeutet werden würden, um die Beweggründe und Absichten der Regierung möglichst zu verdächtigen und in ein gebärgtes Licht zu stellen. Um alle dem die Spitze abzubreaken und jeden Schein einer unnötigen Geheimthuererei aufzuheben, habe der Herr Minister von Se. Maj. dem Könige die Erlaubniß erbeten und erhalten, jene Gesetzes-Materialien vollständig und in geordnetem historischen Zusammenhange zu veröffentlichen und Jedermann im Wege des Buchhandels zugänglich zu machen. Die Vorbereitungen seien so getroffen, daß die herauszugebende Sammlung schon in aller nächster Zeit — etwa in 14 Tagen — erscheinen werde, und selbstverständlich würden beiden Häusern des Landtags eine entsprechende Anzahl Exemplare übersandt werden. Hiermit werde dem Commissions-Antrage nun zwar keineswegs entsprochen; derselbe möchte indeß nunmehr ohne weitere praktische Bedeutung und in seiner fortgesetzten Ablehnung nichts weiter gefunden werden können, als daß die Regierung nicht einem Gange der Commissions-Verhandlungen ihrerseits zustimmen und folgen wolle, der ihrer innigen Ueberzeugung nach von dem erreichbaren Ziele ab nicht zu demselben hinführt.“

Der Commissarius bemerkte dann noch mündlich, daß nicht bloß die Gesetzentwürfe selbst, sondern auch die Motive derselben gedruckt werden sollten. — Also der Minister läßt der Commission sagen: Auf Euren Antrag gehe ich nicht ein; geben werde ich Euch die verlangten Gesetzentwürfe nicht; bekommen wir freilich könnt Ihr sie, das Bureau des Abgeordnetenhauses wird sie Euch schon zuschicken, und wenn es Euren übersteht, soll er sie sich auch im Buchladen kaufen können.

Landtags-Verhandlungen.

35. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 19. Januar. Der Antrag des Abg. Löwe, betr. Siftirung des Strafverfahrens gegen den Abg. Dunder, wird ohne Debatte fast einstimmig angenommen.

Wahlprüfungen. Graf Bethusy-Duc referirt über die Wahlen der Abg. Derville und v. Lynker: Es wurde früher Beweisaufnahme über die in den Protesten enthaltenen Beschwerden beschlossen. Die Proteste stützten sich auf ein amtliches Schreiben des Landr. Derville, welches eine ungesegnete Beeinflussung auf die Wahlmänner ausgeübt haben sollte. Die Existenz des Schreibens ist constatirt, dasselbe ist jedoch erst nach dem Wahltermine in die Hände des Adressaten gelangt. Auch die Thatsache, daß eine vom Landrath vorgenommene tendenziöse Aenderung in der Eintheilung der Wahlbezirke die freie Meinung der Wähler beschränkt habe, hat sich als richtig herausgestellt, die neue Eintheilung sei jedoch durchweg ausreichend motivirt und der Unterschied der Abstimmung von 1867 gegen 1866 so groß, daß man denselben unmöglich allein der veränderten Eintheilung zuschreiben könnte. Auch die übrigen Beschwerden erachtet die Abtheilung für nicht erheblich genug und beantragt Gültigkeitserklärung. Abg. Dunder weist die Beeinflussung ziffermäßig aus den Wahlprüfungen nach. Der bedeutende Umschlag der Abstimmung ist Folge der Aenderung der Wahlbezirke. Das Schreiben des Landraths ist bereits vor der Wahl unterzeichnet und zur allgemeinen Kenntniß gebracht, die verspätete Absendung daher wohl nur geschahen, um den äußern Schein der Beeinflussung zu vermeiden. Redner verliest ein Rescript voll Drohungen gegen Lehrer, die nicht im Sinne der Regierung wählen werden, einen Lehrer habe man wirklich abgesetzt. Die Reise-Unterstützung von 3 Thlr. für einen Lehrer sei eine offenbare Bestechung und die Wahl aus allen diesen Gründen für ungültig zu erklären. Abg. Stelzer für Gültigkeit, weil die Commission die Sache gewissenhaft geprüft habe. Ich habe eine bessere Meinung von der Charakterfestigkeit der Schullehrer, als der Vordröner und glaube, daß sich keiner so leicht werde beeinflussen lassen (Heiterkeit links). Viele Behauptungen über vorgekommene Unregelmäßigkeiten beruhen lediglich auf Zeitungsgerüchten. Wenn man die Sache objectiv auffasse, werde man sich schwerlich

von der Ungültigkeit der Wahlen überzeugen können (Beifall). Referent Graf Bethusy-Duc: Die große Mühe, die sich Abg. Dunder habe geben müssen, um Argumente für die Ungültigkeit herbeizuführen, zeuge am besten für die Gültigkeit. Herr Dunder habe alle möglichen Geister citiren müssen, die Geister mehrerer verwichener Abgeordneten, die nicht mehr im Hause sind, den Geist des Reichstags und zuletzt seinen eigenen Geist in Gestalt der „Volkzeitung.“ Er bittet schließlich, die Argumente aus der Sache, nicht aus den Personen herzuziehen und die Wahlen für gültig zu erklären. — Bei namentlicher Abstimmung wird die Wahl Derville's mit 170 gegen 162 Stimmen für ungültig erklärt, ebenso die Wahl v. Lynker's mit 158 gegen 147 Stimmen.

Ohne Debatte werden die Gesetzentwürfe, betr. die Zuständigkeit der hannoverschen Gerichte in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und über den Austausch preussischer und sachsen-altenburgischer Landestheile in Schlußberathung angenommen. —

Vorberathung des Gesetzentwurfs betreffend die Gerichtsbarkeit in Ehe- und Verlassenschaftsachen in Hannover. Abg. Strudmann: In Hannover besteht eine wahre Musterkarte von Ehegerichten, deren Zusammensetzung im schreiendsten Widerspruch mit der Verfassung steht. Sie sind meist gemischt aus geistlichen und weltlichen Behörden, jedoch mit überwiegender geistlichen Element. Es versehen Personen das Richteramt, die weder der gesetzlichen Anforderung der Richterprüfungen entsprechen, noch unter dem richterlichen Disciplinargesetz stehen. Für jeden einzelnen Fall werden Commissionen gebildet und der Richterspruch im Namen der Kirche gefällt, was unserer ganzen modernen Anschauung widerspricht, wonach der Staat gerade die Rechtsprechung als sein Attribut in Anspruch nimmt. Der Gesetzentwurf soll diese Verhältnisse in Uebereinstimmung mit den Rechtsgrundsätzen der preussischen Verfassung ordnen; ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme desselben. Abg. Windthorst (Weppen) (gegen das Gesetz): Modern ist das nicht, was ich verteidige; aber recht und in der Geschichte gewachsen; und dies verteidige ich so lange, als ich nicht sehe, daß ein besserer Zustand statt dessen eingeführt werden kann. Er sucht nachzuweisen, daß die Einrichtung der geistlichen Ehe-Gerichtsbarkeit zweckmäßig und gesetzlich zulässig sei. Durch die geistlichen Gerichte werde gerade der Conflict zwischen den geistlichen und weltlichen Behörden vermieden. Wenn die Kirche allein bei Schließung der Ehen theilhaftig sei, so müsse man ihr auch das Recht der Trennung geben; übertrage man diese auf weltliche Behörden, so sei die notwendige Konsequenz davon die Civilehe. Der gegenwärtige Zustand sei zwar für die Katholiken speciell kein befriedigender; die geistlichen Gerichte müßten in ihrer Reinheit wieder hergestellt werden; gemischte Gerichte aus Evangelischen und Katholiken könnten unmöglich die Fragen des jus canonico mit Sicherheit entscheiden. Just.-Min. Leonhardt: Der Standpunkt beider Vordröner paßt für eine hann. Kammer oder für den Reichstag, hier handelt es sich darum, das ganz abnorme, traurige Zustände verursachende Verfahren einer einzigen Provinz zu ändern, Rechtseinheit in Ehe-sachen für den ganzen Staat zu schaffen. Der Ansicht des Abg. Windthorst mit Zugrundlegung der gegenwärtigen Zustände, die geistlichen Gerichte zu reformiren, kann ich nicht zustimmen. Der gegenwärtige Zustand ist ein durchaus mangelhafter; in der ganzen Einrichtung kann ich auch nicht ein Korn von Weisheit erkennen. (Heiterkeit links). Das Bedürfnis ist für Hannover vorhanden und muß befriedigt werden. Abg. v. Mallinckrodt: Die Ausführungen des Herrn Ministers waren diesmal so liberal wie möglich; er verlangt Rechtseinheit um jeden Preis und lehnt es ab, auf die Prinzipienfrage einzugehen. Für mich ist das Prinzip überall, auch in provinziellen Angelegenheiten maßgebend und deshalb kann ich der Vorlage nicht zustimmen. Dieselbe geht von der Voraussetzung aus, daß es zweierlei Sorten von Ehen gebe, eine gerichtliche und eine kirchliche Ehe; wenn der Staat sich das Recht anmaßt, auf diejenige Sphäre einzugreifen, die ihn nicht angeht, so ist dies eine Maßregel, zu der ich die Hand nicht bieten kann.

In der Special-Discussion beantragt Twesten Ausschließung der Staatsanwaltschaft in allen Fällen, wo nicht im öffentlichen Interesse Ehen als nichtig angefochten werden. Er hält es für sehr bedenklich, der Thätigkeit der Staatsanwälte im Civilprozeß ein erweitertes Feld zu schaffen. Die Einrichtung der Staatsanwaltschaft sei ein Werk des Napoleonischen Despotismus. Unter dem schön klingenden Namen der „Wächter der Gesetze“ habe man sie hingestellt als „Wächter über die Richter“. Eine solche Stellung der Staatsanwaltschaft in Civilsachen führe sehr leicht zu Ueberhebung und zu Uebergriffen. Die Staatsanwälte seien durchaus abhängig von der jeweiligen Regierung; es wären dies die Stellen, wo sich jugendliche Kräfte besonders hervorthäten, um sich der Regierung zu weiterer Carriere zu empfehlen. Für dieses, besonders bei seiner Einmischung in Civilstreitigkeiten, überflüssige und schädliche Institut müsse man jede Ausdehnung verhindern. Er bittet deshalb dringend, den § 7, wodurch die Einmischung der Staatsanwälte in Ehegerichtsachen eingeführt wird, zu streichen. (Beifall links). Justizminister Leonhardt: Kein Ort ist ungeeigneter, das Prinzip über die Stellung der Staatsanwaltschaft im Civil-Prozeß zum Austrag zu bringen, als dieser. Der Regierung liegt es fern, hierdurch die Competenz der Staatsanwaltschaft zu erweitern, sie hat auch einem Antrage dem Staatsanwalt das Recht der Berufung einzuräumen, nicht Folge geben. Die Bestimmungen des hannoverschen Rechts gewähren der Staatsanwaltschaft überhaupt eine Stellung im Civilprozeß. Ein Präjudiz soll in keiner Weise geschaffen werden; ich ersuche Sie deshalb im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes, Ihre Bedenken fallen zu lassen. Abg. Lasker kann trotz der Erklärung des Justizministers, daß

durch die betreffende Bestimmung kein Präjudiz geschaffen werde, nicht dafür stimmen, die gegenwärtigen Befugnisse der Staatsanwaltschaft in Hannover zu erweitern. Bei der Abstimmung wird Art. 1. des § 7: „Bei den Verhandlungen vor dem erkennenden Gerichte muß die Staatsanwaltschaft vertreten sein“, genehmigt, abgelehnt dagegen Article 2: „Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift hat die Nichtigkeit des Verfahrens zur Folge.“ Nächste Sitzung: Donnerstag.

L.C. Berlin, 19. Jan. [Die franz. Thronrede] ist dies Mal Prahlerei vom Anfang bis zum Ende. Es steckt dahinter viel Angst und Sorge. Das Prahlen gleicht dem Pfeifen des Kindes, das sich im Finstern fürchtet. So rühmt der Kaiser vor der Welt sein Gefühl der Sicherheit, während er, wie aus Allem hervorgeht, die Angst vor der Revolution nicht los wird. Frankreich ist nach seiner Behauptung nie glücklicher und zufriedener gewesen, als unter seiner Regierung. Aber auch keine Regierung hat für Frankreich so viel gethan, wie er schnell hinzusetzt, als wiederum die seinige. Die gewaltige Rüstung, die jetzige Armee und Flotte rühmt er in einer Weise, daß die lauen Friedensversicherungen davon überbittet werden. Im Ganzen geht aber aus verschiedenen Stellen der Rede doch hervor, daß ihm vorläufig nichts weiter im Sinne liegt, als daß die Wahlen zum gesetzgebenden Körper nach seinem Willen ausfallen, damit er wieder eine so blind für die Regierung votirende Versammlung wie die jetzige erhält. Zu diesem Zweck stellt er selbst Steuererleichterungen in Aussicht, während noch kein Jahr seiner Regierung ohne Deficit abgeschlossen hat, erst im vorigen Jahre eine Anleihe von 500 Mill. Fr. gemacht ist und trotzdem noch eine schwebende Schuld von 800 Mill. Fr. umgedeckt geblieben ist.

[Marine.] Die Capitains zur See sollen, nach einer Verordnung des Königs, Obersten-Rang erhalten. Die Bundesmarine hat bei englischen Fabrikanten den Bau eines Staatsbootes in Bestellung gegeben, welches bei Einschiffung Allerhöchster und Höchster Herrschaft benutzt werden soll. Der Bau soll so beschleunigt werden, daß das Boot noch mit dem „König Wilhelm“ zusammen nach Kiel übergeführt werden kann.

[Die Conferenzen wegen der seemannischen Präfungen] tritt hier am 27. Januar zusammen. Den Vorsitz führt Geheimrath Eck vom Bundeskanzler-Amte. (H. N.)

[Zu erwartende Opposition des Herrenhauses.] Die Aenderungen des Abg. Heise, zeitweiligen Führers der äusseren Rechte, über die Compromisse in Sachen des Eöln-Mindener Eisenbahn-Vertrages werden (der „Dissee-Btg. zufolge) als Signal für die Stellung angesehen, welche das Herrenhaus dieser Angelegenheit gegenüber einnehmen möchte. Wie man hört, soll man in jenem Hause gar nicht wenig Neigung verspüren, das im Abgeordnetenhaus so mühsam zu Stande gekommene Abkommen umzustossen. Man hört indessen, daß die Regierung ihren ganzen Einfluß aufbieten wird, dies zu verhindern, und daß sie nach dieser Richtung hin mit mehr Nachdruck und Erfolg auftreten möchte, als es bei dem Antrag auf Sicherstellung der Redefreiheit der Landtagsmitglieder der Fall war.

Der Minister des Innern, Graf v. Eulenburg, hat bereits wieder eine Sitzung in seinem Ministerium abgehalten.

[Für die Ausbildung der Einjährig-Freiwilligen wird für den Umfang des Nordb. Bundes, mit Einschluß von Hessen-Darmstadt, mit dem Entwurf einer neuen Instruction vorgegangen.]

[Verschärfte Disciplin.] Nachdem durch die neue Landwehrordnung der Landwehr durch Abkürzung der Gesamtdienstzeit u. c., eine wesentliche Erleichterung geschaffen ist, hat man andererseits von 1869 ab verschärfte Disciplinarbestimmungen erlassen. Hiernach sollen Diejenigen, welche sich künftig durch Nichterscheinen beim Appell, sowie durch Unterlassung von An- und Abmeldungen beim Bezirksfeldwebel der Controlle zu entziehen suchen, in jedem einzelnen Fall um ein Jahr später ihrer Verpflichtung zum Kriegsdienste entbunden werden. (Post.)

[Das bisherige Verhältnis von Richard Wagner zum bairischen Hofe] soll nach der Z. C. nicht allein gelöst, sondern nahezu in sein Gegentheil umgeschlagen sein.

[Der Kreis Liebenwerda], schreibt die Z. C., hat einen sehr beachtenswerthen Anfang damit gemacht, den Bau der dortigen Eisenbahn selbst in die Hand zu nehmen. Man baut etwa um die Hälfte billiger als sonst, das Bau-Capital bleibt in dem Kreise selbst und man bringt eben nur die Grundsätze zur Anwendung, welche sich in Bezug auf den Chausseebau vollkommen bewährt haben.

Hamburg, 19. Jan. [Stromverhältnis.] Aufwärts der Harburger Fähre ist das Eis auf der Elbe zum Stehen gebracht; abwärts derselben ist starker Eisgang, die Fluth schiebt auch hier Eismassen zusammen. Die Passage für die Dampfer ist nicht unterbrochen.

England, London, 19. Jan. Die „Times“ enthält ein Telegramm aus Madrid, wonach die Italiensische Regierung niemals den Herzog von Aosta als Candidaten für den spanischen Thron aufgestellt hat. — Die Convention über die Alabama-Angelegenheit bestimmt, daß bei einer Uneinigkeit der Commissarien über die Person des Schiedsrichters das Loos entscheiden solle; wenn es für erforderlich erachtet werden sollte, einen Souverain zum Schiedsrichter zu ernennen, so haben die beiden Regierungen über die Wahl desselben in 6 Monaten zu entscheiden. (N. T.)

Frankreich, Paris, 17. Jan. [Behandlung der Versammlungen.] In den öffentlichen Versammlungen geht es immer stürmischer zu. In der, die gestern Abend im Saale der Redoute stattfand, und wo über das Eigentumsrecht discutirt wurde, kam es sogar zu Faustschlägen. Diese scandaalösen Scenen werden fast immer von den nämlichen Personen hervorgerufen, und die Ansicht, daß dieselben im Interesse der Polizei arbeiten, die bekanntlich den öffentlichen Versammlungen sehr feindlich gesinnt ist, ist jedenfalls nur zu begründet. — In Belleville (es liegt jetzt in Paris, früher im Weichbilde) hatte sich vorgestern in einer öffentlichen Versammlung, welche dort stattfand, ein Polizei-Commissar mit zwei Agenten, die sich für Stenographen ausgaben, eingefunden und setzte sich mit ihnen auf die Estrade, wo der Vorstand seinen Sitz hat. Da das Gesez auf der Estrade aber nur einen Beamten zuläßt, so protestirte man. Der Polizei-Commissar erklärte, er werde nur der Gewalt weichen, worauf die ganze Versammlung den Saal räumte und dem Polizei-Commissar mit seinen zwei Agenten denselben überließ. (R. B.)

[Verurtheilung.] Gestern fällte das Zuchtpolizeigericht sein Urtheil in der Sache Betreffs der Bulletin des sogenannten revolutionären Comités von Paris. Bekanntlich

waren drei Personen in diese Angelegenheit verwickelt, nämlich Felix Pyat, welcher diese Bulletin verfaßte, der ehemalige Gerichtsvollzieher Poirier und der Handelsreisende Caron, welche beide zu ihrer Verurtheilung in Frankreich beigetragen. Die Anklage lautete auf Herabsetzung der Mordthat gegen das Leben des Kaisers und der Mitglieder der kaiserlichen Familie. Caron befindet sich allein in den Händen der Justiz. Poirier ist flüchtig und Felix Pyat lebt bekanntlich seit langen Jahren in London. Caron erhielt 8 Monate Gefängniß und 1000 Fr. Geldstrafe, während Felix Pyat und Poirier in contumaciam das höchste Strafmaß erhielten, nämlich jeder 5 Jahre Gefängniß und 10,000 Fr. Geldstrafe.

[Conferenz. Frühling. Deutscher Hilfsverein.] Mit der Conferenz ist Paris etwas unzufrieden, denn sie hat, wie man der „R. B.“ schreibt, gar zu wenig Anlaß zu Geschwätz und Börsenschwindel-Gerüchten gegeben. — In der Provence ist es bereits vollkommener Frühling, keine Spur von Kälte oder Mistral, Rosen und Veilchen blühen, die Mandelbäume sind mit Blüten bedeckt; aber den Leuten ist gar nicht zu wohl dabei, sie fürchten eine Wettertücke und zittern namentlich für ihre Delbäume. Morgen ist hier Ball im Stadthaus und Hauffmann wird, obgleich er Trauer hat, die Honneurs machen. In den Salons des Grand Hôtel hat der Ball des Deutschen Hilfsvereins stattgefunden. Diese Bälle werden mit jedem Jahre glänzender und hübscher. Die Elite der Deutschen Colonie hatte sich in den prächtigen Salons eingefunden, und getanzt wurde bis fünf Uhr. Das Deutsche diplomatische Corps war zahlreich vertreten. Der Fürst und die Fürstin v. Metternich, der Graf v. Solms, der Graf und die Gräfin v. Seebach waren zugegen, eben so alle anderen Mitglieder der preuß. und österr. Botschaft und der Deutschen Legation.

[Unruhen.] In Millan (Avebron-Departement) haben ernstliche Unruhen stattgefunden. Die Gerber- und Handschuhmacher-Gesellen dieser Stadt haben nämlich ihre Arbeit eingestellt, da sie höheren Lohn haben wollen. Da ein Theil der Arbeiter sich der Arbeitseinstellung nicht anschloß, so wurden dieselben gemißhandelt. Die Behörden der Stadt nahmen eines der Häupter der Bewegung fest. Seine Kameraden befreiten ihn aber. In Folge dieser Vorgänge begab sich der Präfect des Avebron-Departements an der Spitze von Truppen nach Millan. Weitere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

[Unterschlagnene Briefe.] Das „Journal de Paris“ beklagt sich darüber, daß eine ganze Anzahl Briefe von der Reunion-Insel, die auf die dortigen traurigen Ereignisse vom December Bezug haben, nicht angekommen sind. Namentlich fehlt ein von neun Bewohnern der Insel abgefaßter Bericht über die Ereignisse, der dem „Journal de Paris“ angekündigt war. Das Blatt vermuthet, daß die Correspondenz unterschlagen worden sei.

[Ueberwachung der politischen Prozeßverfahren.] Bekanntlich hatte das Ministerium des Innern in der letzten Zeit einen gewissen Meyer nach den Sitzungen des Zuchtpolizeigerichts gesandt, um Bericht über die politischen Prozesse abzustatten. Man hatte demselben einen besonderen Sitz, dem des öffentlichen Anklägers gegenüber, eingeräumt. Seit dem Zwischenfalle Seguer ist dieser Meyer aus dem Gerichtssaale verschwunden. Die Präsidenten haben ihm nämlich keinen besonderen Sitz mehr gewähren wollen. Da sich derselbe auf die Journalistenbank nicht wagt, so ist er weggeblieben.

[Entführte Nonne.] In Rochelle wurde eine Nonne, Marie Bahgerry, wider Willen entführt; sie wurde mit Gewalt in einen Eisenbahnwagen gebracht und der Obhut zweier in der Stadt unbekannter Personen anvertraut. Seither wurde der Präfect wiederholt um Aufklärung gebeten, er verbarrt jedoch seit 6 Monaten, daß diese Entführung stattgefunden, in Schweigen. Der Redacteur des „Contribuable“ hat beim Generalkathe der Charente Inferieure Klage geführt, allein dieser wagt es nicht, sich mit der nicht zu seinem Ressort gehörigen Angelegenheit zu befassen. (Das klingt denn doch fast unglücklich.)

18. Jan. „Estandard“ schreibt: Die Rede des Kaisers wurde oft durch Beifallsbezeugungen unterbrochen, welche bei den Stellen, wo der Kaiser versichert, daß es seine Absicht sei, im Innern die Ordnung und nach Außen den Frieden zu erhalten, besonders lebhaft war. Die ganze Rede wird als frieblich betrachtet. — Das Gelbuch wird erst Ende dieser Woche erscheinen. (W. T.)

Italien, Florenz, 18. Jan. [Dementi.] Es wird officiell in Abrede gestellt, daß der Finanzminister Graf Cambray-Digny Unterhandlungen in Betreff einer Finanzoperation auf Grundlage der Kirchengüter angeknüpft habe. Es sei für den italienischen Staatsschatz gegenwärtig kein Bedürfnis zu einer solchen Operation vorhanden, und der Minister habe die Absicht, die Kirchengüter zu reserviren, um daraus die Mittel für die Zurückziehung des Papiergeldes, welches einen Zwangscours hat, zu beschaffen. (N. T.)

[Adresse und Flugblätter.] Eine angeblich mit 11,956 Unterschriften bedeckte Adresse der Palermitaner an den vertriebenen König Franz II., welche an seinem Geburtstag überreicht werden soll, beginnt mit den Worten: „Durchlauchtigster Fürst. Wir sind heute nicht mehr in der Zeit der Glückwünsche und Hoffnungen; die Tage der Wirklichkeit und des Erfolgs sind gekommen. Ihr heutiger Geburtstag strahlt als Morgenröthe zur Wiedererstehung des Königthums beider Sicilien.“ In Mailand cursirt ein Flugblatt folgenden Inhalts: „Nieder mit der Italiensischen Regierung! Nieder mit diesem ... Müller, welcher uns das Brod vom Munde wegzieht, der uns die Religion raubt... Es lebe Oesterreich! Es lebe der Papst! Es lebe die Revolution! Ja, Revolution Italiener! oder wir sind verloren.“

Spanien, Madrid, 18. Jan. [Die Wahlen] zu den Cortes sind beendigt. Die überwiegende Majorität der erwählten Deputirten gehört der monarchischen Partei an, während die Oppositionsparteien nur durch etwa 100 Deputirte in den Cortes vertreten sein werden. (N. T.)

Rumänien, Bukarest, 18. Jan. [Dementi.] Die hiesige Regierung hat die in Constantinopel eingelaufenen Nachrichten, daß in Rumänien Vorbereitungen zu einer Invasion des türkischen Gebiets getroffen würden, in formeller Weise dementirt und gleichzeitig erklärt, daß das gegenwärtige Cabinet für die Aufrechterhaltung der Ordnung einstehe, aber auch von der Pforte ein Eingehen auf die legitimen Forderungen des Landes in einigen inneren Fragen erwarten zu dürfen glaube. (W. T.)

Danzig, den 20. Januar. [Verleihung des Expropriationsrechts.] Der „Staatsanzeiger“ publizirt heute folgenden königl. Erlaß vom 23. December 1868: „Nachdem von der Stadtgemeinde Danzig beschlossen worden, durch Anlegung einer von dem Quellengebiet

bei Nieder-Prangenu, im Kreise Carthaus, ausgehenden Kanal- und Mührenleitung, in der durch die drei Situationspläne, beziehungsweise des Baumeisters Leiter vom 23. Septbr. 1868 und des Bauraths Henoch vom 20. Septbr. 1868 bezeichneten Richtungslinie, die Stadt Danzig mit fließendem Wasser zu versorgen, verleihe Ich hierdurch der Stadtgemeinde Danzig zur Durchführung dieses Unternehmens das Recht zur Expropriation und zur vorübergehenden oder nach Art von Grundservituten dauernden Benutzung fremder Grundstücke.“

* [Erleichterung im Verkehr mit Rußland.] Vom russischen Zolldepartement sind für den Waaren-Eingang zur Vermeidung der durch Anfertigung der Inhalts-Declarationen an der Grenze (Exdithünen) bisher entstandenen Kosten, Erleichterungen gewährt, welche darin bestehen, daß künftig die allgemeine Waarenbezeichnung in den Frachtbriefen bei der Einföhrung in Rußland genöthig und soll zu diesem Behuf außer dem Unicat- ein Duplicat-Frachtbrief jeder Sendung beigegeben werden. Spezielle Declaration des Inhalts der übergeführten Collis ist erst bei der Verzollung erforderlich. Es müssen daher genaue Inhalts-Declarationen für diejenigen Güter, welche nicht nach Moskau, Petersburg und Riga bestimmt sind, mithin in Wirballen zur Verzollung kommen, den Frachtbriefen beigelegt sein oder an die Zollagentur in Wirballen gesandt werden. Güter für Moskau, Petersburg und Riga werden, falls nicht deren Verzollung in Wirballen im Frachtbriefe vorgeschrieben, transito mit zwei Frachtbriefen angenommen und müssen die Inhalts-Declarationen dann von den Waaren-Empfängern bei der Zollrevision auf den genannten Stationen unter Verantwortlichkeit für die Richtigkeit übergeben werden. Diese Declarationen sind daher von den Verkäufern den Empfängern, resp. der Zollagentur Wirballen direct zuzufenden.

* Der Oberlehrer Dr. Ferd. Schulk vom Friedrichs-Gymnasium in Berlin, welcher hier um das Gymnasial-Directorat candidirte, ist zum Director des neu zu begründenden Gymnasiums in Charlottenburg ernannt worden.

* [Schwurgerichts-Verhandlung am 19. Januar.] Am 16. März pr., Abends, wurde der Arbeiter Johann Blum von hier in das Stabilitäretz gebracht, und verstarb daselbst am 5. April pr. Bei der gerichtlichen Section wurden ein Knochenbruch des Ellenbogengelenks und eine Schädelspaltung constatirt und haben die forensischen Aerzte ihr Gutachten dahin abgegeben, daß die Folgen der Schädelspaltung die alleinige Todesursache seien. Blum, welcher vor seinem Tode gerichtlich vernommen ist, hat ausgesagt: daß er am Abend des 16. März durch einen Jungen, Hermann Nehring, aus seiner Wohnung in der Sandgrube mit den Worten „Kindemann und Knötig schlagen draußen Ihre Frau todt!“ herausgerufen sei. Da er gewußt, daß diese beiden Personen mit ihm vertheidigt, so habe er einen Säbel genommen und sei herausgelaufen. Draußen habe er gesehen, wie Kindemann auf seine an der Erde liegende Frau mit einem Tau geschlagen habe. Er sei deshalb auf ihn zugekommen, um ihm einen Hieb mit dem Säbel zu versetzen. Ehe er es gethan, habe er Kindemann den Säbel gegriffen. Während sie nun miteinander um den Säbel gerungen, habe Kindemann den Knötig mit den Worten: „komm, Knötig, wir wollen den Hund todt schlagen!“ herbeigerufen. Knötig sei denn auch gekommen und habe ihn gemißhandelt, so daß ihm das Blut über die Augen geströmt sei. Er habe den Säbel losgelassen und die Flucht ergriffen, sei aber von Kindemann verfolgt und eingeholt worden, der ihm mit dem Säbel mehrere Hiebe über den Kopf und den Arm beigebracht habe. Die Vertheid. Blum hat erklärt, daß sie von Kindemann auf offener Straße überfallen und mit einem Tausende geschlagen worden, und daß Knötig hinzugekommen und ihr Faustschläge ins Gesicht versetzt habe. Während Beide sie gemißhandelt, soll ihr Mann hinzugekommen sein, worauf beide Männer von ihm abgelassen hätten. Sie will nur noch gesehen haben, wie ihr Mann mit den Weiden um den Säbel gerungen, und sich dann erschöpft in ihre Wohnung zurückgezogen haben. Diese Auslassungen stimmen im Wesentlichen mit der sonstigen Beweisaufnahme überein. Kindemann hat eingeräumt, daß die an der Leiche des Blum constatirten Verletzungen von Hieben mit einem Säbel herrühren, welche er demselben beigebracht hat, indessen stellt er den ganzen Hergang so dar, als ob er sich, dem B. gegenüber, im Stande der Nothwehr befunden habe. — L. hat für seine Behauptung einen Entlastungsbeweis angetreten, der nicht allein vollständig mißlang, sondern ihn geradezu belastete. — Knötig behauptet, nur die Männer L. und B. auseinandergerissen zu haben, um weiteres Unglück zu verhüten. Er bestritt sich an der Schlägerei betheilig, noch den B. oder dessen Ehefrau gemißhandelt zu haben. — Kindemann ist angeklagt, dem B. vorsätzlich Körperverletzungen zugefügt zu haben, welche dessen Tod zur Folge gehabt haben; Knötig, sich an einer Schlägerei betheilig zu haben, bei welcher ein Mensch getödtet wurde und die B. ichen Eheleute gemißhandelt zu haben. — Die Geschwornen sprachen das Schuldig aus und verneinten die betreffs des L. ihnen gestellten Nothwehrfragen mit mehr als 7 Stimmen und die Frage um mildernde Umstände mit 7 gegen 5 Stimmen. Der Gerichtshof trat der Majorität der Geschwornen bei und verurtheilte L. zu 10 Jahren Zuchthaus, K. zu 4 Monaten Gefängniß.

* [Für Riesenburg] hat das Hilfscomité für Ostpreußen, wie uns aus Berlin mitgetheilt wird, 3000 R. zu bewilligen beschlossen. Auch geht in diesen Tagen eine reichliche Sendung von Strümpfen von Berlin nach Riesenburg ab.

* [Goldene Hochzeit.] Am 24. d. M. feiern die Schneidermeister Michael Büttner'schen Eheleute in Gr. Zünder ihre goldene Hochzeit.

* [Traject über die Weichsel.] Tereopol-Culm per Rahn nur bei Tage, Warlubien-Gradenz unterbrochen, Czernikst-Warrienwerder unterbrochen.

Tiegenhof, 17. Jan. [Predigerwahl.] Bei der heute stattgehabten Predigerwahl erhielten Hr. Dr. Weinlig aus Jüterburg 64 St., Hr. Rector Conell aus Thorn 41 und Hr. Prediger Karmann aus Danzig 1 St. (E. N.)

* [Stadtrathsbestätigung, Bürgermeister-Einföhrung.] Nach dem Berichte der Petitions-Commission hat die Regierung in der Bestätigungssache des zum Stadtrath gewählten Hrn. Rentier Gebing denselben Einwand gemacht, den wir gleich nach dem betreffenden Stadtverordnetenbeschlusse hier hervorhoben, nämlich, daß, wenn die Wahl als eine neue erste angesehen werde, der Instanzenzug nicht erschöpft ist. Die Commission theilte gleichfalls diese Ansicht und beschloß Uebergang zur Tagesordnung. Doch scheint die Angelegenheit nach Aeußerung des Reg.-Commissarius in der Commission ein für die Wünsche der Communalvertretung günstige Lösung finden zu sollen, denn er sagte ausdrücklich, daß bei Entscheidung über diese zweite Wahl neue Erwägungen in Betracht kommen dürften und dieselbe schon in der Oberpräsidial-Instanz eine den Anträgen der Petenten günstige Wendung erhalten werde. So haben denn unsere Stadtverordneten die Hoffnung, Hrn. Gebing als Stadtrath bestätigt zu sehen. Die gleiche Frage wegen Bestätigung des Dr. Zachmann liegt gleichfalls dieser ersten Instanz zur Entscheidung vor. — Nächsten Freitag wird der neue erste Bürgermeister Herr Selke, Mittags 12 Uhr, in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung in sein Amt eingeföhrt. Darauf findet in den Sälen des Casino ein Festessen statt, an dem die gesammte Bürgerschaft zur Theilnahme aufgefordert wird.

* [Wewe, 19. Jan. [Zollwuth. Viehauction.] Ein laut thierärztlicher Untersuchung an Zollwuth gestorbener Hund hat mehrere Hunde gebissen, leider auch einen Menschen leicht verletzt. Da jedoch sofort Vorsichtsmaßregeln angewendet sind, so steht in keiner Hinsicht ein weiteres Unglück zu befürchten. Die heute in

Todes-Anzeige.
Am 16. d. M., Abends 1 1/2 Uhr entriß mir der Tod meine innigst geliebte Frau
Emilie geb. Kirsch.
Sie starb, gestärkt mit den h. Sterbesacramenten, an den Folgen einer heftigen Unterleibs-entzündung nach neuntägigem Krankenlager.
Um stille Theilnahme bittet
Berlin, 19. Januar 1869. (6545)
M. Unkel.

Nachruf
an die
am 14. Januar 1869
zu Grabe getragene
Frau
Anna Ornass,
geb. v. Ovitka
zu Rosenberg.

Tiefe Trauer eint uns hier,
Wo uns Wehmuth sanft umfangen,
Unsere Liebe beweinen wir,
Die uns ist voran gegangen.
Ihr entschlafenes Gebein
Segnen wir mit Thränen ein.

Was sie Gutes hier gethan,
Was uns liebevoll verbunden,
Bliden wir mit Wehmuth an,
Es ist nicht wie sie verschwunden.
Denn wie schnell auch Dasein eilt,
Gutes bleibt und Liebe weilt.

Laßt uns oft den ernsten Blick,
In die Nacht der Gräber senken;
Laßt uns liebevoll zurüd
An geliebte Töchte denken,
Daß wir in Vereinsthaft stehn,
Muthig ihnen nachzugehn.

(6541) **S. K.**
Die in unserem Belonten Walde befindliche, bisher mit bestem Erfolge betriebene Stein-gräberei beabsichtige mir für das Jahr 1869 zu verpachten.
Reflektanten beliehen sich bei dem Inspector des Kinder- und Waisenhauses in Belonten, 3. Hof, Herrn **Rug** zu melden.
Danzig, 19. Januar 1869.
Die Vorsteher des Kinder- und Waisenhauses.
Petchow. Wtz. Schellwien.

Holz-Auction in Belonten.

Am Donnerstag, den 28. Januar c.,
Borntags 10 Uhr,
sollen in unserem Walde im Belonten 3. Hof ca. 120 Stück Kiefern-Rundholz, Büchen- und Eichen-Ruhholz, sowie einige Kiefer-Eichen- und Büchen-Brennholz an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkauft werden.
Die Holz sind täglich in Augenschein zu nehmen und das Aufmaß derselben beim Inspector **Rug** in Belonten einzusehen.
Danzig, 19. Januar 1869. (6542)
Die Vorsteher des Kinder- und Waisenhauses.
Petchow. Wtz. Schellwien.

Ceres-Mühle in Dirschau.

Einem geehrten Publikum von Dirschau und Umgegend die ganz ergebene Anzeige, daß mit dem heutigen Tage die hier nach neuestem amerikanischem System erbaute Wassermühlmühle unter dem Namen „Ceres-Mühle“ in Betrieb gesetzt ist. Kelle und pünftliche Bedienung den werthen Mahl Gästen zusichernd, empfehlen sich
Hochachtungsvoll
R. Preuß & Co.
Dirschau, 20. Jan. 1869. (6533)

Ball- und Gesellschafts-Oberhemden

mit echt französischen Einfäsen werden auf Bestellung in vorzüglich gut sitzenden Favons sauber und schnell ausgeführt in der Wäschefabrik von
Magnus Eisenstädt,
Langgasse 17. (4542)

Prima Colchester und Solsteiner Austern
und Seezungen
empfangt
R. Denzer.
(6552)

Frischen Algier Blumen-kohl, Kopfsalat, Radies-chen, Teltower Rübchen, Ustrachaner Schotenkerne, conservirtes Gemüse empf. A. Fast, Langenmarkt 34.

Rübchen

in bester Qualität empfiehlt frei ab den Bahnhöfen (6312) **R. Bäcker** in Mewe.
Packstiften werden gekauft Vorstädtischen Graben No. 49 B. (6530)

Vorläufige Anzeige.
Friedrich-Wilhelm-Schützenhuns.

Wie alljährlich werde ich auch in dieser Winter-Saison einen großen
Masken-Ball
und zwar
am 30. Januar 1869
veranstalten.
Aug. Seitz.
(6549)

Die
landwirthschaftliche Maschinen-Wiederlage
in **DANZIG.**
Lafstadi No. 36,
empfiehlt sich zur Lieferung von:
Samuelson'schen Nähmaschinen, direct aus England, zum Preise von ca. 225 R. incl. Fracht und Steuer,
Drill- und Säemaschinen (erstere neueste Construction — schon auf Lager), Pflügen, Eggen, Walzen,
Heuwende-, Düngstreu- und Dorstschneidmaschinen,
Drainröhrenpressen, Pferdeharcken u. s. w.,
Engl. Dampf-Dreschmaschinen, ebenfalls direct, kleinere schon zum Preise von 1500 R.
Erforderlichen Falls werden die Maschinen durch einen Monteur in Betrieb gesetzt, ebenso alle vorkommenden Reparaturen daran bewirkt, sowie Reservetheile nachgeliefert.
Alles zu **Fabrikpreisen.** (6522)
Bestellungen werden schon jetzt erbeten, namentlich auf Nähmaschinen, da zu späte Meldungen nicht pünftlich effectuirt werden dürften.
G. F. Berekholtz.

AUCTION.


Montag, den 25. Januar 1869, Mittags 12 1/2 Uhr,
werden die Unterzeichneten in hiesiger Börse in öffentlicher Auction gegen gleich baare Zahlung verkaufen:
Das hiesige Barkschiff „Willkommen“.
209 Normal-Lasten groß, nebst Inventarium und Zubehör, in demjenigen Zustande, in welchem Schiff und Inventarium sich gegenwärtig befindet.
Das Schiff ist auf der Werft des Herrn Devrient aufgeschleppt und es hat Käufer, falls er das Kasko abwracht, die Arbeit binnen 8 Wochen und nur durch solche Leute, die Herr Devrient approbirt, ausführen zu lassen. — Ebenso ist, falls das Kasko in derartigen Zustand verlegt werden soll, daß es ins Wasser gelassen werden kann, die bezügliche Reparatur mit Herrn Devrient zu affordiren.
Das Inventarium liegt, mit Ausnahme der Segel, welche sich beim Segelmacher Herrn Hundertmark befinden, im Schuppen auf der Devrient'schen Werfte und tann dort in Gegenwart des Capitain A. Albrecht in Augenschein genommen werden.
Eine Liste des Inventariums liegt bei dem unterzeichneten Mäler Dome aus.
Die gesammten Kosten dieses Verkaufsverfahrens tragen, soweit es nicht unter den Verkäufern anders bestimmt ist, die Käufer.
Der Schlußtermin findet selbigen Tages Abends 6 Uhr im Auctionslocale statt und erfolgt der Zuschlag sofort.
F. Domke, A. Wagner,
vereidete Schiffsmäler.

Roquefort-, Camembert-, Neufchatter-, Chester-, Schweizer-Käse, frischen Pumpernickel empfiehlt
A. Fast, Langenmarkt No. 34.
Große geröstete und marinirte Weichsel-Neunungen empfiehlt (6537)
C. W. Hellwig, Langenmarkt 32.

Petroleum,
standart white, hält auf Lager und offerirt ab den Bahnhöfen Danzig und Neufahrwasser
Carl Marzahn,
(6378) Langenmarkt 18.
Feinstes Dünger-Gyps-Mehl
offerirt, jedes beliebige Quantum zu den billigsten Preisen, Eisenbahn- und Wasserverbindung.
Die Königliche Mühle in Fürstenwalde. (5381)
A. Kessel.
Ich bin gezwungen, eine Ladung bester
Hüller Maschinenkohlen
zu detailliren, ließ solche per Bordung zur Stadt kommen und verkaufe davon bei einzelnen Lasten und größeren Posten sehr billig.
F. W. Lehmann,
(6366) Melzergasse No. 13 (Fischerthor)

Brauerei-Verkauf.
Meine hier selbst belegene
Berg-Brauerei,
in welcher seit einigen Jahren ein bedeutendes Bayerisch Bier-Geschäft mit gutem Erfolg betrieben worden ist, bin ich Willens zu verkaufen resp. zu verpachten. Nähere Auskunft bei mir selbst zu erfragen. (6493)
Stolz i. P., den 17. Januar 1869.
G. H. Schaeffer,
Brauereibesitzer.

Auf dem **Dominium Russoczyn** stehen 120 kernfette junge Hammel zum sofortigen Verkauf. (6523)



In Gr. Czapielken stehen 100-200 Stück junge, sehr vollreiche, gut ernährte Hammel zur Zucht und zum Fettmachen geeignet, wegen Mangels an Stroh sofort zum Verkauf.
50 fette Hammel
stehen zum Verkauf in Jarzembinec d. Terespol.
Wegen Todesfall sollen die beiden zusammengehörigen Grundstücke, Altstadt, Graben No. 29, 30 unter günstigen Bedingungen verkauft werden; selbige enthalten: in den Vorderhäusern 8 Zimmer, 3 Küchen, Hof, 2 trodene Kellerräume, 2 verschließbare Keller, geräumige Böden und alles Zubehör; in den Hinterhäusern 2 kleine Zimmer, 2 Küchen dafelbst, eine mit 2 eingemauerten kupfernen Kesseln, hinter diesen der Abwasserfluß, und dürften dieselben der vielen Bequemlichkeiten und frequenten Lage wegen sowohl für kaufmännische Geschäfte, als auch für Gewerbetreibende, wie z. B. für Färber, Bäcker, Schlosser etc. vortheilhaft zu empfehlen sein. (6539)
Näheres Danzig, Heumarkt No. 7.
C. Gyg.

150 fette Hammel
stehen in Busda bei Fr. Stargardt zum Verkauf. (6532)
Ein mit 3000 Ehl. baar cautionsfähiger Landwirth, unverheirathet, in den dreißiger Jahren, der sich über seine Leistungen genügend legitimiren kann, sucht eine Anstellung als erster Beamter auf einem größeren Gute. Das Nähere in der Exped. d. Stg. unter No. 6531.
English and french lessons in grammar, conversation, general correspondence and literature are given on moderate terms by
Dr. Rudloff,
Frauengasse No. 29.
Für unfer Agentur- und Commissions-Geschäft suchen wir zu sofort einen Lehrling.
Hoffmann Carr & Co.,
(6547) Hundegasse 27, parterre.

Flottholz ist Hundegasse No. 91 b. zu verkaufen. (6399)
Meine rechtskräftige Wechsel-händler Herrn Leopold Maync in Sohenstein von ca. 600 Thlr. bin ich Willens sehr billig zu verkaufen. (6497)

L. Ramlau.
Fr. Stargardt, 18. Januar 1869.
Wer einem verheiratheten Wirthschafts-Inspector mit den besten Empfehlungen eine gute Stelle als Administrator, doch nur eine solche, nachweisen kann, erhält bei Abschluss des Engagements 50 R. baar. Genaue Adressen unter C. N. 637 wolle man gefälligst in der Exped. d. Stg. abgeben. (6534)
Zum 1. März c. wird ein Cleve bei freier Station auf Rittergut Boblog bei Smazin gesucht. Schriftliche Meldungen nimmt dafelbst entgegen (6421)
der Administrator
A. Koppe.

Gene Erzieherin, die mehr. Jahre unterrichtet, mußf. ist, engl. und französisch spricht, suchz z. O. eine Stelle. Gef. Adr. in der Exped. d. Stg. unter No. 6535.

Ein älteres gebil. Mädchen, d. schon in gr. S. gew., in der Wirthschaft, Handarbeit, auch Maschine erfahren, suchz e. Stelle. Gef. Adr. in der Exped. d. Stg. unter No. 6536.

Ein anständiges Mädchen in gelehren Jahren, das Erfahrung in der Wirthschaft hat und mit guten Zeugnissen versehen ist, wird für eine größere Haushaltung zur Unterstützung der Hausfrau, sogleich oder zum 1. Februar gesucht. Adr. mit Copie der Zeugnisse nimmt die Expedition dieser Zeitung unter No. 6554 an.

200 Faden trock. Klog- u. Gallerholz, 1 1/2 stüdlige Dielen, sowie Krenzhölzer, 2 1/2 u. 3 1/2 Biggen Sleeper und Gallerbohlen stehen auf dem ersten Holzfelde hinter der Kalkschanze b. z. v. bei **R. Brandt.** (6538)
Die Räumlichkeiten der Dampf-Sprit-, Liqueur- und Stig-Fabrik Langfuhr No. 66, welche sich wegen vorhandener Dampfkraft und fließenden Wassers auch zu verschiedenen andern Fabrikanlagen eignen, sind vom 1. April anderweitig zu verpachten. Näheres dafelbst. (6216)

Witt's Etablissement
in Schidlit.
Sonabend, den 23. Januar,
großer Masken-Ball
mit neuen Arrangements. Anfang des Balles 7 Uhr. Billets à 5 Sgr. sind in der Restauration des Hr. Hein, Kohlenmarkt, und Hr. Marquardt, Theatergasse, zu haben.
(6550) **J. Witt.**

Dritte Sinfonie-Soirée
im Artushofe,
Sonabend, den 30. Januar 1869.
Das Comité der Sinfonie-Soiréen.

Symphonie-Concert
im Schützenhause.
Donnerstag, den 21. Januar,
Symphonie-Concert,
ausgeführt von der Kapelle des 3. Grenadier-Regiments No. 4.

Duo: Der Sommernachts Traum, Meditation Bach, Duo: Wilhelm Tell, Variation u. Marsch a. d. Suite No. 1, Lachner, Symphonie No. 4 B-dur, Beethoven.
Anfang 7 Uhr. Entrée 7 1/2 Gg. Billets zu 5 Gg. sind in den Musikalien-Handlungen und bei Hr. Barckamp zu haben. (6503)
H. Buchholz.

Danziger Stadttheater.
Donnerstag, 21. Jan. (3. Abonnem. No. 24.)
Zum 4. Male: **Die relegirten Studenten.**
Lustspiel in 4 Acten von R. Benedig. Hierauf: **Zehn Mädchen und kein Mann.** Komische Operette in 1 Act von Sappé.

Freitag, den 21. Januar 1869, zum
Benefiz für Herrn Alexander:
Va banque,
oder:
Die Jagd nach dem Glücke.

Selonke's Etablissement.
Donnerstag, 21. Januar: Große Vorstellung und Concert. Darstellung der **Wunderfontaine.** Anfang 7 Uhr.

Auf vielfachen Wunsch:
Sonabend, den 23. Januar:
Letzter großer
Masken-Ball
mit vielfachen

neuen glänzenden Aufführungen, deren Arrangement wiederum Herr Balletmeister Frappart übernommen hat.
Anfang der Unterhaltungsmusik 7 Uhr, des Balles 8 Uhr. Demastörung 12 Uhr.
Preise der Pläge: Nmerirte Zuschauerpläge à 1 R., Familien-Billets drei Stück 2 R., 2. Rang Loge à 15 Gg., Billete für Masken à 20 Gg., drei Stück 1 R., 15 Gg. Wünsche wegen Vermietzung der Seitenlogen bitte ich gefälligst recht bald bei mir zu äußern. Maskenbillete sind zu haben bei den Herren **Denzer** und **Grenzenberg** (Langenmarkt), bei Herrn **Ed. Raff**, (Langgasse), bei Hr. Theater-Feiseur **Sauer** (Jopengasse) und im Etablissement. Billete für Zuschauer werden der besseren Controle halber nur im Etablissement ausgegeben.
Druck und Verlag von **A. W. Kafemann** in Danzig.